

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
der Fraktion Die Linke
der Piratenfraktion

Gemeinsam wird Berlin seiner Verantwortung gerecht: Recht auf Asyl und Schutz vor Verfolgung und Krieg

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Flüchtlinge haben nach unserer Verfassung ein Recht auf Schutz und Asyl. Zugleich ist es ein Gebot der Menschlichkeit, schutzbedürftigen Menschen die nötige Unterstützung zu geben. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Dieses Verfassungsrecht in Artikel 16a des Grundgesetzes bringt den Konsens aller Demokraten in unserem Land auf den Punkt. Er ist eine Lehre, die die Deutschen aus den Gräueln der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gezogen haben. Wir, die gewählten Abgeordneten des Landes Berlin, sehen uns in der Verantwortung, dieses Verfassungsrecht zu gewährleisten und gegen Angriffe zu verteidigen.

„Diejenigen, die während der Nazizeit Emigranten genannt wurden [...] waren nicht Emigranten, sondern waren politische oder rassische oder auch religiöse Flüchtlinge“, so der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt. Willy Brandt war selbst Flüchtling und wusste, wovon er sprach.

Berlin ist eine weltoffene und vielfältige Metropole. Menschen aus über 180 Nationen leben in Berlin friedlich zusammen. Wer sich als politisch Verfolgter oder Flüchtling an uns wendet, dem gewähren wir Schutz, Fürsorge und rechtsstaatliche Asylverfahren.

Die Flüchtlinge haben ein Recht auf menschenwürdige Unterbringung und Betreuung. Das Land Berlin und alle Bezirke tragen die gemeinsame Verantwortung dafür, dass dieses Recht

in der ganzen Stadt mit der Bereitstellung von Unterkünften und Wohnungen gewährleistet wird. Das betrachten wir auch als ein Gebot der Menschlichkeit.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin verurteilt jede Form von rassistischen, fremdenfeindlichen und Hass schürenden Kampagnen gegen Menschen, die sich als politisch Verfolgte oder Flüchtlinge in ihrer Not an uns um Hilfe wenden, die oftmals alles verloren haben, was Ihnen lieb und teuer war und die zum Teil Schreckliches erlebt haben. Der skrupellose Versuch von rechtsextremistischen Demagogen, durch provokative und menschenverachtende Propaganda auf Stimmenfang zu gehen, muss scheitern. Die Demokratinnen und Demokraten im Abgeordnetenhaus von Berlin stehen zusammen gegen eine derartige fremdenfeindliche Hetze.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin verurteilt ebenfalls die Versuche rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Kräfte, Verunsicherung und Sorgen der Bevölkerung im Umfeld von Unterkünften gegen Asylsuchende zu instrumentalisieren. Das Abgeordnetenhaus von Berlin nimmt die Sorgen der Bürger ernst.

Die Berlinerinnen und Berliner beweisen an vielen Orten in der Stadt, dass ein unkompliziertes, einander bereicherndes Zusammenleben selbstverständlich sein kann. Das Abgeordnetenhaus von Berlin setzt sich dafür ein, solche guten Erfahrungen zu nutzen. Es unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen, die zwischen den Menschen Brücken bauen und Gemeinsinn erzeugen, und sucht gemeinsame Lösungsansätze mit den Menschen vor Ort.

Berlin, den 29. August 2013

Saleh Dr. Kitschun Radziwill
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion der SPD

Graf Dregger Krüger
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion der CDU

Pop Kapek Bayram
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf Tas
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke

Herberg Reinhardt
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion